Nushası 5 Kruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzre)

	DAHİL İÇİN	HARİÇ İÇİN
Aylık	Türk lirası 1.50	R.M. 5.—
Üç aylık	„ „ 4.25	„ 13.—
Altı aylık	„ „ 8.—	„ 25.—
Bir senelik	„ „ 15.—	„ 50.—

yahut mukabili.

Haftada 6 defa çıkar.

İdarehane
Tekke Caddesi No. 585 ve 587.
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: 44.606.
Posta Kutusu: İstanbul 1269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kruş

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	R.M. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:
Tekke-Caddesi Nr. 585-587.
Drahtanschr.: Türkpost.
Fernsprecher: 44.606
Postfach: Istanbul 1269.

8. Jahrgang Nr. 78 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Istanbul, Montag, 3. April 1933

Die Unterbrechung des Boykotts

gegen die Juden in Deutschland

München, 2. April.

Der Münchener Hauptausschuß zur Bekämpfung der ausländischen Greuelpropaganda gibt folgende Anordnung bekannt:

1) Durch Anordnung der Reichsparteileitung der NSDAP und des Hauptausschusses wurde der Boykott jüdischer Geschäfte, Aerzte, Rechtsanwälte usw. bis Mittwoch, den 5. April 10 Uhr vormittags ausgesetzt. Damit ist der frühere Zustand wieder hergestellt. Plakate, Anklebezettel usw., die mit dem Boykott zusammenhängen, sind zu entfernen.

2) Der Boykott ist erst dann wieder aufzunehmen, wenn vom Hauptausschuß eine Weisung hierzu an die örtlichen Aktionsausschüsse ergeht.

3) Dessenungeachtet haben die Aktionsausschüsse die Vorbereitungen so zu treffen, daß auf Weisung der Boykott zur festgesetzten Zeit und planmäßig wieder aufgenommen und durchgeführt werden kann.

4) Um Einheitlichkeit in der Abwehraktion herbeizuführen, wird für den Fall der Wiederaufnahme angeordnet, daß bei jüdischen Geschäften Plakate mit der Aufschrift „Jude", bei deutschen Geschäften Plakate mit der Aufschrift „Deutsches Geschäft" anzubringen sind.

Neues Viermächte-Abkommen

von Macdonald vorgeschlagen

Paris, 2. April.

Einen neuen englischen Vorschlag für ein 4 Mächte-Abkommen hat der englische Botschafter in Paris dem Außenminister Paul-Boncour gestern überreicht.

Ueber den Inhalt des neuen englischen Vorschlages ist amtlich noch nichts mitgeteilt worden.

Trotzdem glauben einige französische Blätter Mitteilungen darüber machen zu können.

Die der Regierung nahestehende Zeitung „Petit Parisien" schreibt, „die neue Fassung des englischen Vorschlages berücksichtige in gewissem Maße die französischen Einwendungen gegen den ursprünglichen britischen Plan und auch die Einwendungen der Kleinen Entente."

Das Nachrichtenblatt „Journal" meint, „der neue Text ähnele dem Abrüstungsplan, den Macdonald vor 12 Tagen in Genf unterbreitet habe. Gegenüber dem Entwurf des italienischen Ministerpräsidenten enthalte aber der englische Vorschlag, was die Rüstungen angehe, bedeutsame Aenderungen."

*

Amtlich wird die Nachricht, nach der Macdonald sich mit der Absicht tragen soll, nach Berlin zu kommen, als unrichtig bezeichnet.

Ismet Paschas bevorstehende Reise

Ankara, 3. April (Tel.)

Ministerpräsident Ismet Pascha wird morgen in Begleitung des Wirtschaftsministers die Hauptstadt verlassen und über Stambul nach Songuldak reisen.

Beratung über die Aussenhandelsfragen

Ankara, 3. April (Tel.)

Das Wirtschaftsministerium hat die Leiter sämtlicher Bezirkshandels- und Wirtschaftsdirektionen nach Ankara geladen. Auch der Stambuler Handelsdirektor Muhsin Bej ist gestern nach Ankara abgereist. Die Leiter der Handels- und Wirtschaftsdirektionen des Wirtschaftsministeriums werden an der Zusammenkunft der türkischen Handelsvertreter im Auslande teilnehmen.

Bei dieser Tagung, die wahrscheinlich schon vor dem Ablauf des Kurban-Bairam stattfinden wird, sollen in erster Reihe die Fragen der Kontingentierungs- und Kompensationsmethoden besprochen werden.

(Siehe auch Seite 2 des Blattes.)

Auslanddeutschtum und deutsche Erneuerung

Das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart veröffentlicht an leitender Stelle des Märzheftes seiner Halbmonatsschrift „Der Auslanddeutsche" folgenden Aufruf.

*

Seit dem Ausgang des furchtbaren Krieges, in dem unser Vaterland trotz des heldenmütigen Widerstandes einer Welt von Feinden gegenüber unterlag, lag es wie ein ungeheurer dumpfer Druck nicht nur auf dem Vaterlande, sondern über allen deutschen Volksgenossen in der weiten Welt. Gewiß, es darf nicht alles verdammt werden, was in diesen für uns so schweren Jahren geschaffen worden ist an Fürsorge und Stärkung des Verbundenheitsgefühls zwischen der Heimat und ihren Söhnen draußen. Aber was nützt es uns, daß wir im sogenannten Genfer Völkerbund mit verzweifelten Mitteln um unsere Rechte gerungen haben, daß wir alles daran setzten, auf diesem Wege unseren Volksgenossen, die unter schwerster Bedrückung seufzten, zu helfen. Ueber die papiernen Proteste des Reiches gingen unsere Gegner mit Hohnlachen hinweg, weil sie wußten, daß kein national geeintes Volk hinter ihnen stand.

Heute liegen die Dinge anders. Die auf legalem Wege zustandegekommenen Reichstagswahlen haben der deutschen Erneuerungsbewegung eine Mehrheit gebracht, deren Führer wissen, daß jedes Anwachsen der inneren Macht und Geschlossenheit des Reiches unseren Volksgenossen draußen zu Gute kommen wird. Die Führung der Reichsgeschäfte liegt bei Männern, die bei mehr als einer Gelegenheit ihren Willen bekundet haben, die Belange unserer Volksgenossen zu wahren. Erst auf einer der letzten Versammlungen in Stuttgart bekannte sich Vizekanzler von Papen laut und deutlich zum auslanddeutschen Gedanken und, wir dürfen es mit Freude und Stolz sagen, auch zu der Stelle, die in erster Linie diese Idee trägt und sich für sie sorgt und abmüht: zum Deutschen Ausland-Institut Seine schönen und erhebenden Worte lauteten:

„Ich bekenne mich offen zur Forderung der Weltgeltung und der europäischen Mission unseres Reiches und Volkes. Nirgends wird man in Deutschland eine solche Haltung besser verstehen, als hier; denn überallhin hat der Schwabenstamm seine kühnen Pioniere gesandt, überallhin ist sein tüchtiges Blut, das für den Geist der abendländischen Kultur zeugt, geflossen. Mit Recht birgt deshalb diese Stadt in ihren Mauern ein wichtiges Zeugnis des auslanddeutschen Gedankens, das Deutsche Ausland-Institut. Sein Anblick war mir eine Mahnung, daß der jetzt begonnene innerpolitische Aufbruch der Nation seinen tieferen Sinn nur beziehen kann aus jenem volksdeutschen Aufbruche, dessen lebendiger Beweis dieses Institut ist".

Das sind Worte, die einem Treugelöbnis gleichen, daß die führenden Männer der vaterländischen Bewegung, Adolf Hitler und Franz von Papen, gewillt sind, alles daran zu setzen, das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen uns Deutschen im Reich und den Deutschen draußen zu festigen, zu erhalten, auszubauen. Unter den Auslanddeutschen ist ein starkes Gefühl dafür vorhanden, daß eine solche Wendung der deutschen Politik, daß ein Anknüpfen an die großen, stolzen Traditionen unserer Vergangenheit notwendig war; daß wir uns der Zeichen und Symbole erinnern mußten, unter denen das Deutsche Reich groß und mächtig geworden war: der alten Farben Schwarz-weiß-rot, von denen es heißt, daß sie überall in der Welt geflattert haben zum Schutz und Schirm der Deutschen, die auf bedrohtem Aussenposten für die Kultur und Wirtschaft des Vaterlandes kämpften und stritten und unter denen unsere heldenmütigen Kämpfer auf See und in den Kolonien den Tod für das Vaterland gestorben sind. Mit zäher Energie hat besonders das Ueberseedeutschtum für diese Farben gekämpft, die wir bald wieder als Symbol des Reiches sehen werden.

Aber, wie Vizekanzler von Papen gesagt hat, wir wollen das große Vater-

Empfang beim Reichskanzler

Berlin, 2. April.

Der Reichskanzler empfing gestern nachmittag den Leiter der nationalsozialistischen Beamtenabteilung und dessen Organisationsleiter zu einer Besprechung über Fragen der Standesorganisation der Beamtenschaft.

Keine Neuwahlen in den Ländern

Berlin, 2. April.

Die Reichsregierung billigte endgültig den Gesetzentwurf, nach dem die Landtage der deutschen Einzelstaaten und die Gemeindevertretungen nach dem Stimmenverhältnis der letzten Reichstagswahl zusammengesetzt werden sollen, ohne daß Neuwahlen stattfinden.

Ansprache des Chefs der Marineleitung

Wilhelmshaven, 2. April (A.A.)

Anläßlich der Indienststellung und Taufe des neuen Kriegsschiffes der Deutschlandklasse, das nach dem Sieger der Skagerakschlacht „Admiral Scheer" getauft wurde, hielt der Chef der Marineleitung, Admiral Raeder eine Ansprache, in der er unter andrem erklärte:

„Der neue Kreuzer „Admiral Scheer" ist unter den Zwangsbestimmungen gebaut, die Deutschland unter dem Versailler Diktat auferlegt wurden und die Deutschland den Bau von Linienschiffen mit höherer Wasserverdrängung als 10.000 Tonnen verbietet. Das Versailler Diktat lastet immer noch mit aller Wucht auf Deutschland und seinem friedlichen Volke, das auf politischem und militärischem Gebiet nur die Möglichkeit derselben Sicherheit für seine Landes- und Seegrenzen haben will, wie es jede andere Nation als selbverständliches Recht für sich in Anspruch nimmt.

Die Hochachtung vor unserer ruhmreichen Vergangenheit ließ uns die freiwillige Versenkung unserer Flotte bei Skapa Flow als ein besseres Ende erscheinen, als eine schmachvolle Uebergabe, und diese Hochachtung gab der Reichsmarine die notwendige Energie, um Deutschlands Ansehen zur See wieder zur alten Geltung zu bringen.

Der deutsche Militärattaché in Warschau

Warschau, 2. April

Am 1. April hat der neuernannte deutsche Militärattaché, Generalmajor Schindler, seinen Posten in Warschau angetreten.

Sichtvermerk für Auslandsreisen

Berlin, 2. April.

Der Reichsinnenminister hat eine Verordnung erlassen, wonach deutsche Staatsbürger, die ins Ausland reisen wollen, zuvor einen Sichtvermerk einzuholen haben.

Die Verordnung wird in der nächsten Zeit in Kraft treten. Reisende, die sich gegenwärtig gerade auf der Fahrt befinden, werden von dieser Verordnung noch nicht berührt.

Dank an die Polizei

Berlin, 2. April.

Der kommissarische preußische Reichsminister Goering hat der Potsdamer und Berliner Polizei und der Hilfspolizei seinen vollen Dank für die vorzügliche Arbeit, die sie anläßlich der Reichstagseröffnung in Potsdam und Berlin geleistet hat, ausgesprochen.

Generalmajor v. Frankenberg †

Wie wir aus Deutschland erfahren, ist Generalmajor a. D. Werner von Frankenberg und Poschlitz, Schriftsteller von hohem Rang, nach ganz kurzer Krankheit verschieden.

*

Werner v. Frankenberg trat in das 2. Garderegiment zu Fuß ein und wurde als Hauptmann in den Großen Generalstab versetzt. Frühzeitig führte ihn seine Laufbahn ins Ausland.

Mit der deutschen Militärmission unter Liman v. Sanders Pascha war er nach der Türkei gekommen und bekleidete einige Zeit die Stelle des Stabschefs unter Liman v. Sanders Pascha. Er fuhr dann für kurze Zeit wieder nach Deutschland, kehrte jedoch später nach der Türkei zurück und befehligte eine aus verschiedenen deutschen Bataillonen zusammengesetzte Truppeneinheit an der syrischen Front mit vorbildlicher Pflichttreue. Bei Kriegsende stand er an der Spitze einer Infanterie-Brigade an der Westfront, die er durch die revoltierende Etappe geschlossen in die Heimat führte.

General v. Frankenberg zeichnete sich durch taut und liebenswürdigen Umgang mit seinen Untergebenen aus. Sein Verlust wird von seinen Freunden und Bekannten sehr schmerzlich empfunden werden.

Stahlhelmverbot in Braunschweig aufgehoben

Braunschweig, 1. April.

Das Verbot des Stahlhelm in Braunschweig wurde heute durch einen Erlaß des braunschweigischen Innenministeriums aufgehoben.

Vom braunschweigischen Innenministerium wurde weiter angeordnet, daß aus Gründen der Staatssicherheit nur solche Mitglieder von neuem in den Stahlhelm aufgenommen werden dürfen, die bereits am 1. März als Mitglieder des Stahlhelm oder seiner Nebenorganisationen aufgenommen waren.

Bayerns politische Polizei

München, 2. April.

In Bayern wurde ein „Politischer Polizei-Kommandör" eingesetzt, um eine straffe und einheitliche Durchführung der zur Aufrechterhaltung der Sicherheit des Staates notwendigen Maßnahmen zu gewährleisten.

Dazu wurde der Reichsführer der SS und Polizeipräsident von München, Heinrich Himmler, ernannt. Ihm untersteht die gesamte politische Polizei Bayerns, die politischen polizeilichen Referate, die politische Hilfspolizei mit sämtlichen Formationen sowie die schon bestehenden und noch zu errichtenden Konzentrationslager.

Deutschenhetze in Kattowitz

Kattowitz, 2. April.

In Kattowitz veranstalteten Schüler der polnischen höheren Lehranstalten sowie Studenten aus Krakau deutschfeindliche Kundgebungen. Sie zogen durch die Straßen der Stadt, plünderten die Zeitungsstände und nahmen sämtliche deutschen Zeitungen mit, die sie dann auf einem Platze der Stadt verbrannten. Polizei zerstreute die Menge.

*

Das deutsche Konsulat in Kattowitz wurde durch berittene Polizei besonders geschützt.

Herriot gegen Vertragsrevisionen

Lyon, 3. April (A.A.)

Bei einem Zusammentreffen der ehemaligen Frontkämpfer von Lyon erklärte Herriot über den Viermächtepakt:

„Wie soll man eine Revision der Verträge eigentlich rechtlich begründen? Der Artikel 19 des Völkerbundspaktes besteht, und es ist überflüssig, etwas Neues zu erfinden. Es gibt für mich keine Kleinen Mächte, sondern nur gleichberechtigte Staaten. Wenn man den Großmächten erlaubt, das Schicksal der kleineren Staaten in die Hand zu nehmen, bezweckt man damit nichts anderes als eine Förderung des Imperialismus.

Warum will man denn die Karte Europas wiederum ordnen, da dies doch schon im Jahre 1919 geschehen ist?"

Herriot schloß mit der Feststellung, daß er sich weder von optimistischen noch pessimistischen Erwägungen, sondern nur von einer Politik des Völkerbundes leiten ließe und eine Diplomatie befürworte, die sich so weit wie irgend möglich in der Oeffentlichkeit bewege.

Die französischen Kriegsrenten

Paris, 1. April.

In der französischen Kammer wurde heute ein Gesetz eingebracht, daß alle Kriegspensionen durch Kapitalabfindung abgelöst werden sollen.

Begründet wird der Antrag mit dem Hinweis darauf, daß durch eine derartige Maßnahme eine jährliche Ersparnis von 300 Millionen Mark erzielt werden könne.

Neuer Bombenanschlag in Hamburg

Hamburg, 2. April.

Ein Bombenattentat wurde gestern abend auf ein Hamburger nationalsozialistisches Verkehrslokal verübt. Nach dem Untersuchungsbefund wird von der Polizei gemeldet, daß es sich zweifellos um einen geplanten Anschlag gegen eine SA Abteilung gehandelt habe und daß durch dieses Attentat das größte Unglück hätte entstehen können.

Im ganzen wurden drei Bomben geworfen, von denen jedoch nur eine explodierte. Aber durch die Wirkung dieser einen Bombe wurde der Fußboden vollständig aufgerissen, Wände und Decke durchschlagen und die gesamte Einrichtung zertrümmert. Die zweite Bombe blieb an der Gardine hängen und explodierte nicht, die dritte wurde vor dem Hause gefunden.

Die Bomben bestanden aus etwa 20 cm langen Mannesmannrohren, die mit Dynamit gefüllt waren und äußerst gefährliche Explosivkörper darstellten. Sie konnten nur mit Lebensgefahr entfernt werden. Es ist nur einem glücklichen Zufall zu danken, daß niemand zu Schaden kam, denn die SA-Abteilung, die sich in dem Lokal als Bereitschaft aufgehalten hatte, hatte den Raum 10 Minuten vor der Explosion verlassen. Von Passanten wurden zur Zeit der Explosion mehrere Kommunisten beobachtet, die eiligst die Flucht ergriffen.

In der Nacht zum Sonntag nahm die Polizei 11 Personen fest, sämtlich Kommunisten, die mit dem Anschlag in Verbindung stehen. Ebenso ist eine Verbindung mit dem bereits gemeldeten, versuchten Anschlag auf das Bismarckdenkmal erwiesen.

Die Polizei hat angekündigt, daß sie schärfstens durchgreifen werde, um ähnliche Vorkommnisse zu verhindern.

Berlin, 2. April

Zehn Kommunisten in SA-Uniform wurden in dem rheinischen Dorfe Ellendorf festgenommen. Sie hatten sich in nationalsozialistischen Kreisen als Spitzel betätigt.

Palästina-Reise des Königs von Belgien

Brüssel, 2. April. (A.A.)

Der König und die Königin von Belgien haben gestern abend in Begleitung des Grafen Grunne eine etwa vierzehntägige Reise nach Palästina angetreten.

Die englisch-russische Spannung

Warschau, 2. März (A.A.)

Der englische Botschafter in Moskau, Sir Edmond Owey erklärte auf der Durchreise nach London einem Vertreter der Nachrichtenagentur Pat gegenüber, daß er wahrscheinlich nicht auf seinen Posten zurückkehren werde.

Obgleich die Sowjetbehörden ihn sonst stets zuvorkommend behandelt hätten, habe ihn bei seiner Abreise von Moskau kein Vertreter der Sowjetregierung am Bahnhof begrüßt.

Um das Danziger Ermächtigungsgesetz

Danzig, 1. April.

Der Danziger Senat hat heute dem Entwurf eines Ermächtigungsgesetzes zugestimmt, das am nächsten Freitag im Danziger Volkstag beraten werden soll.

Wie aus Danzig gemeldet wird, beabsichtigt der Senat seinen Rücktritt, wenn das Gesetz nicht angenommen werden sollte.

Ein Erlass der Wiener Regierung

Wien, 2. April.

Die österreichische Regierung hat einen neuen Erlaß über die politische Betätigung von Beamten veröffentlicht.

Der Erlaß betont, daß eine abfällige Kritik am Staate oder an verantwortlichen obersten Staatsorganen in Wort oder Schrift mit den Dienstpflichten eines österreichischen Beamten ebensowenig vereinbar sei wie eine parteipolitische Tätigkeit oder das Tragen von Abzeichen im Amte.

Widerlegte Falschmeldungen

Berlin, 2. April (A.A. nach W.T.B.)

Die Vertreter der ausländischen Presse hatten eine interessante Zusammenkunft mit dem Zeitungsberichterstatter Kindermann und dem Führer der deutschen kommunistischen Partei, Thälmann, wie auch mit anderen politischen Gefangenen im Gefängnis zu Spandau.

Kindermann wurde seinerzeit bei dem Studentenprozeß in Moskau zu Tode verurteilt und Thälmann hatte bei der Sowjetregierung telegrafisch um dessen Hinrichtung ersucht. Kindermann betonte den gewaltigen Unterschied in der Behandlung politischer Gefangener in Sowjetrußland und der Behandlung in Deutschland. Hier erhielte man gute Verpflegung, Raucherlaubnis, dürfte Pakete, Briefe und Zeitungen empfangen, auch Bücher bis auf solche revolutionären Inhalts. Nach vier Wochen Haft stünde einem das Recht der Unterhaltung mit Freunden alle drei Wochen zu.

Die Vertreter der ausländischen Presse konnten sich von all diesen Tatsachen überzeugen, die den schlagkräftigen Gegenbeweis für alle die verleumderischen und verlogenen Nachrichten über die Behandlung politischer Gefangener in Deutschland bildeten.

Gesetz zur Bekämpfung des Goldschmuggels

Ankara, 3. April (Tel.)

Wie die zuständigen Stellen feststellen konnten, hat der Schmuggel von Gold aus der Türkei in der letzten Zeit einen solchen Umfang angenommen, daß sich die Regierung veranlaßt sah, einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Goldschmuggels auszuarbeiten. Der Entwurf, der bereits der G.N.V. zugeleitet worden ist, sieht für den Schmuggel von Gold aus der Türkei hohe Geld- und Gefängnisstrafen vor. Den Personen, die amtlichen Stellen zweckdienliche Angaben über den Goldschmuggel machen können, werden namhafte Belohnungen bezahlt.

Weniselos vernommen

Athen, 2. April (Cümh.)

In Verbindung mit der Untersuchung über den Putschversuch des Generals Plastiras wurde der frühere griechische Ministerpräsident Weniselos heute vom Untersuchungsrichter vernommen.

Das neue Athener Senatspräsidium

Athen, 2. April (A.A.)

Mit 86 von 103 Stimmen wurde Conatas zum Senatspräsidenten wiedergewählt.

Athen, 2. April (A.A.)

Der Senat wählte gestern als ersten Vizepräsidenten den Volksparteiler Kinias.

Finanzminister Loweredos.

Nach den Zeitungen soll der Finanzminister Loweredos seinen Rücktritt erklärt haben, da er sein Ansehen durch die Nichtwiederwahl in den Senat für gefährdet halte.

In politischen Kreisen wird versichert, daß Loweredos diese Rücktrittserklärung nicht hätte abzugeben brauchen, da seine Wahl mit Einstimmigkeit durch den zweiten Wahlgang sichergestellt war.

Athen, 3. April (A.A.)

Loweredos bleibt Finanzminister, obgleich er nicht zum Senator gewählt wurde.

Ausschluss der Kommunisten aus dem bulgarischen Parlament?

Sofia, 2. April.

Die bulgarische Regierung beantragte im Parlament, ähnlich wie in Deutschland den Ausschluß aller Kommunisten aus der Kammer.

Lord Chelmsford †

London, 2. April (A.A.)

Lord Chelmsford, der von 1916 bis 1922 Vizekönig von Indien war, ist gestern abend einem Schlaganfall erlegen. Lord Chelmsford hatte seinerzeit den indischen Verfassungsentwurf ausgearbeitet, der im Weißbuch als Grundlage für die Verfassungsreform diente.